

03.07.2012

Rede des Fraktionsvorsitzenden Dr. Reimer Fischer zum Haushaltssicherungskonzept 2012/2022 und zum Haushalt 2012/2013

Anrede,

wir alle wissen, dass sich unsere Gesellschaft fortwährend ändert. Diesen Änderungen müssen wir uns anpassen. Es ist Aufgabe der Politik, absehbare Änderungen zu erkennen und die erforderlichen Anpassungen rechtzeitig vorzubereiten. Wir erleben es beispielsweise bei der zunehmenden Lebenserwartung, was uns zwingt, die Lebensarbeitszeiten und die Altersversorgung anzupassen. Wir erleben es bei der sich erweiternden Schere zwischen den Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Haushalte, was Einsparungen erfordert. Und wir erleben es beim Rückgang der Geburtenzahlen, was langfristig Anpassungen bei den Kinderbetreuungs- und Bildungseinrichtungen erfordert.

Alle Anpassungen haben das Ziel, ein optimales Gemeinwohl zu sichern. Das Gemeinwohl ist dabei immer eine Gratwanderung zwischen verschiedenen Interessenlagen, zwischen berechtigten Wünschen und finanziellen Zwängen. Die Wohltaten von heute stehen gegen die Schulden von morgen. Gewerbegebiete mit Arbeitsplätzen vertragen sich nicht mit attraktiven Wohngebieten. Freiwillige Leistungen für den Bereich Jugend und Soziales stehen im Wettbewerb mit den Kultureinrichtungen um die letzten freien Mittel. Die Politik ist dieser Problematik immer wieder ausgesetzt. Bei ihren Entscheidungen benötigt sie deshalb Vertrauen und Glaubwürdigkeit in der Bevölkerung. Unser Bundespräsident hat es in seiner Rede im März mit Recht eingefordert. Beide Seiten, Bürger und Politiker, müssen dazu Beiträge leisten.

Kennen Sie die Gruppen mit hohem und geringem Vertrauen bei der Bevölkerung? 95% messen der Feuerwehr hohes Vertrauen zu, aber nur 9% der Politik. Das Ergebnis zeigt, wie schwer es für Politiker ist, bei konkurrierenden Interessen Glaubwürdigkeit in ihre Entscheidungen einzubringen. Bei der Podiumsdiskussion zur Entwicklung der Schullandschaft im März haben wir erfahren, wie wenig die Bürger den Aussagen der Verwaltung Glauben schenken wollten. Die Politik ist gefordert, hier als Vermittler Vertrauen zurück zu gewinnen.

Für die FDP und für mich nehme ich in Anspruch, dass wir uns redlich bemühen, städtische Politik fair und korrekt zu gestalten. Handlungen und Maßnahmen beurteilen und beschließen wir nach sachlich ausgewogenen Kriterien. Grundlage dafür sind umfassende Informationen der Verwaltung. Wo diese Informationen fehlen, muss nachgebessert werden. Deshalb haben wir beispielsweise im März der Verwaltung einen umfangreichen Fragenkatalog zum Sachstand der Schulen vorgelegt. Er ist noch nicht beantwortet. Auch wenn inzwischen aufgrund der verbesserten Finanzlage und der Ergebnisse einer Elternbefragung das Thema Standortschließung von Schulen von der Tagesordnung genommen werden konnte, müssen die diskutierten Veränderungen im Schulbereich noch gründlich analysiert werden.

Zum Haushaltssicherungskonzept: Es ist unser politischer Wille, die Zeit fortlaufender Finanzdefizite zu beenden. Nur wenn wir den Nothaushalt mit seiner Investitionsbremse über ein Haushaltssicherungskonzept verlassen, können marode Schulen saniert

werden. Damit kann unser vorrangiges Ziel, gute Bedingungen für die Bildung bereit zu stellen, vorangetrieben werden. Ein Haushaltssicherungskonzept hat deshalb absolute Priorität. Es muss auch zukunftssicher sein. Andernfalls müssen wir damit rechnen, dass alle freiwilligen Leistungen, insbesondere im Kulturbereich, gestrichen werden.

Die Verwaltung hat ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept vorgelegt. Der Doppelhaushalt 2012/2013 ist Teil davon. Die gute Konjunkturlage hat seit März dieses Jahres zu deutlich verbesserten Einnahmen geführt. Wir alle wissen jedoch: Der 10-Jahresplan enthält Risiken. Positive konjunkturelle Entwicklungen, niedrige Zinsen und maßvolle Gehaltssteigerungen sind wesentliche Voraussetzungen dafür, dass die Ansätze eingehalten werden können. Ob die europäische Finanzkrise sich über einen Konjunkturunbruch auf den städtischen Haushalt niederschlagen wird – wir wissen es nicht. Risiken bestehen auch aufgrund neuer Vorschriften für die Banken, die zu einer Begrenzung der Kommunalkredite führen können. Wenn unsere Pläne von der Realität überrollt werden, müssen wir den Riemen wieder enger schnallen. Deshalb wiederhole ich: Sparanstrengungen haben Vorfahrt.

Mit der CDU und den Grünen haben wir vereinbart, dass ab 2016 keine neuen Kassenkredite mehr aufgenommen werden sollen. Soweit dies nicht über Einsparungen erreicht werden kann, soll die Lücke als „ultima ratio“ durch Einnahmesteigerungen, beispielsweise erhöhte Gemeindesteuern, ausgeglichen werden sollen. Wir nehmen dieses Ziel ernst. Wir haben strittig diskutiert, ob wir nicht schon heute die Grundsteuern erhöhen sollten, und uns dagegen entschieden. Eine Begründung liegt darin, dass in den vergangenen 4 Jahren die Haushaltsergebnisse im Mittel etwa 10 Mio € jährlich besser waren als die Planzahlen. Steuererhöhungen, das wissen Sie, sind für die FDP nur ein letztes Mittel zur Konsolidierung.

Zum Haushalt 2012 und 2013: Die Veränderungen der Haushaltsansätze 2012 von November 2011 bis Juni 2012 haben zu einer Halbierung des geplanten Verlustes von 26 auf 13 Mio € geführt. Diese Verbesserung ist wesentlich auf erhöhte Steuereinnahmen aufgrund der guten Konjunktur zurück zu führen.

Vorrangig betrifft dies die Gewerbesteuer. Wir können daraus ableiten, wie wichtig die Gewerbesteuer und ein blühendes Gewerbe für die Stadt sind. Ein gesundes, attraktives Gewerbe ist die Basis für städtischen Wohlstand. Bei den Diskussionen um neue Gewerbegebiete muss dies der Bevölkerung immer wieder vor Augen geführt werden. Ohne hohe Einnahmen aus der Gewerbesteuer gibt es keinen Haushaltsausgleich und keine Schulsanierungen.

Die FDP hat die Haushaltsansätze detailliert geprüft und viele Fragen gestellt. Die Änderungen zum Haushalt, die CDU und FDP gemeinsam beraten und beantragt haben, hat mein Ratskollege Mömkes erläutert. Die FDP wird zustimmen, dass im Jugend- und Sozialbereich Sparmaßnahmen in geringem Umfang zurück genommen und durch Mehreinnahmen aus einer Zweitwohnungssteuer gedeckt werden. Zu mehreren Haushaltstiteln haben wir Sperranträge beantragt, weil wir die Positionen noch einer genauen Überprüfung unterziehen wollen. Wir werden dem Haushalt in der zu ändernden Fassung zustimmen.

2013 wird der Verlust wieder auf 15,6 Mio € steigen, weil die Steuerzuweisungen fallen. Darin spiegeln sich die mittelfristigen Unsicherheiten wieder.

Die FDP hat in der Vergangenheit immer wieder kritisch zu Vorschlägen der Verwaltung und der großen Fraktionen Stellung bezogen, wenn es darum ging, Kosten einzudämmen. Als Beispiele verweisen wir auf unsere langjährigen Einwände gegen eine überdimensionierte Fahrradstation am S-Bahnhof, auf unsere frühzeitige Ablehnung eines teuren, uneffektiven Kreisels an der Odenthaler Straße und auf unsere nach wie vor kritischen Haltung zu einer Erweiterung der Tiefgarage beim Bergischen Löwen. Bei den erstgenannten Projekten hat sich die CDU inzwischen unserer Haltung angeschlossen, bei der Tiefgarage warten wir auf belastbare Finanzierungsvorschläge.

Wo können wir noch weiter sparen? Der von der CDU und der FDP eingebrachte Antrag einer Organisations- und Produktuntersuchung mit externer Moderation ist ein auch bei knappen Mitteln wichtiger Schritt, mit dem die Verwaltung weitere Sparpotenziale aufdecken und umsetzen kann. Die Erfahrungen aus der Industrie bestätigen vielfach die Wirksamkeit solcher Aktionen. Die Kreisverwaltung hat gerade ein erfolgreiches Programm durchgeführt. Das muss für unsere Verwaltung Ansporn sein. Der vereinbarte Personalkostendeckel darf nicht ausgehöhlt werden.

Wo gibt es Hoffnung für Entlastungen außerhalb unserer Möglichkeiten? Können wir hoffen, dass ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz im Februar 2012 auch in NRW zu einer Verbesserung der finanziellen Ausstattung führt? Das Gericht hat die Finanzausweisungen des Landes an die Kommunen angesichts stark gestiegener Sozialausgaben gerügt und eine Änderung des Finanzausgleichs gefordert. Ob das Urteil zu einer Entlastung der kommunalen Haushalte in NRW führen wird muss offen bleiben, verlassen können wir uns darauf leider nicht. Im Gegenteil: das Verschuldungsverbot in der Landesverfassung deutet eher auf Mittelkürzungen für die Kommunen hin. Und auch die jüngsten Vereinbarungen von Bund und Land im Rahmen der anstehenden Entscheidung über den ESM und den Fiskalpakt haben für unsern Haushalt voraussichtlich nur den Effekt eines Tropfens auf den heißen Stein verglichen mit den Absolutzahlen, über die wir sprechen.

„Wer die Musik bestellt, der bezahlt“, so heißt es. Das muss auch für Aufgaben gelten, zu denen die Gemeinden durch neue Gesetze von EU, Bund und Land verpflichtet werden. Dieses so genannte Konnexitätsprinzip wird laufend verletzt. Als Beispiele für unterfinanzierte Pflichtaufgaben nenne ich:

- Neue EU-Vorgaben zur Lärminderung und Luftreinhaltung
- Neues Bundeskinderschutzgesetz mit vielen neuen Aufgaben
- Neue Personalausweise ohne ausreichende Gegenfinanzierung
- Rechtliche Änderung der zulässigen Arbeitszeit bei der Feuerwehr
- Beitragsfreiheit für das 3. Kindergartenjahr mit Finanzierungsdefizit

Es ist ein altes Ärgernis, dass sich die Gemeinden gegen die Übernahme neuer Pflichtaufgaben ohne Finanzierungsausgleich nicht wehren können. Ich appelliere an das kommunale Gewissen unserer Landtags- und Bundestagsabgeordneten, auf diesem Feld Änderungen herbeizuführen.

Ich weiß sehr wohl, wie angenehm und publikumswirksam die Verkündung öffentlicher Wohltaten ist, und wie schwer es ist, den Bürgern Sparmaßnahmen und Zusatzbelastungen zu vermitteln. Die FDP stellt sich dieser Herausforderung, sowohl in unserer Stadt als auch im Kreis und im Land. Unsere Landtagsfraktion hat in den Jahren 2004 bis 2009 zusammen mit der CDU bewiesen, dass sie mit Geld gut umgehen kann, dass sie, anders als die SPD und die Grünen im Land, Schulden verringern kann. Das wollen wir hier in unserer Stadt bestätigen.